Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie

BIG Business Crime

Kernkraft als Klimaretter?

von Joachim Maiworm

Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima beschloss der Bundestag Ende Juni 2011 die endgültige Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland. Die letzten drei deutschen AKWs – Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 – sollen bis Ende 2022 vom Netz gehen. Doch nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine hat die Atomlobby hierzulande wieder aktiv werden lassen. So forderte der Bundesverband mittelständische Wirtschaft die Bundesregierung auf, den staatlich forcierten Ausstieg aus der Kohle unverzüglich auszusetzen und die verbliebenen Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus am Netz zu halten. Laut Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) müssten die Ausstiegsbeschlüsse zu Kohle oder Atomkraft neu diskutiert werden (*Handelsblatt* vom 26. Februar 2022). Auch der frühere EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) schlug jüngst vor, den Ausstieg aus der Atomkraft hinauszuschieben, um die Abhängigkeit von russischen Gasimporten nicht weiter zu erhöhen (*junge Welt* vom 26. Februar 2022).

Bereits zuvor erfolgte eine Kampfansage an die Adresse der Klima- und Anti-Atombewegung. Nur wenige Tage nach der Entscheidung der EU-Kommission, die Atomkraft im Rahmen ihrer Taxonomieverordnung als „nachhaltig" einzustufen, kündigte Frankreichs Staatschef Macron, der besagte Entscheidung der EU maßgeblich vorangetrieben hatte, massive Investitionen in die Nuklearenergie an – darunter den Bau sechs neuer Reaktoren und die Verlängerung der Laufzeit bestehender Atomkraftwerke. Neben den erneuerbaren Energien müsse „das große Abenteuer der zivilen Atomkraft in Frankreich" wieder aufgenommen werden, so Macron in einer Rede im ostfranzösischen Belfort (einem Ort, an dem Turbinen für Atomkraftwerke produziert werden). Zu Beginn seiner Amtszeit wollte Macron die Atomkraft noch reduzieren und einige Kraftwerke bis zum Jahr 2025 stilllegen. Nun sollen neben den großen Reaktoren langfristig auch sogenannte Small Modular Reactors (SMR), also Mini-AKWs, die Energieversorgung garantieren – und den Klimaschutz fördern (*Handelsblatt* vom 10. Februar 2022) [1].

Nicht nur Vertreter:innen der Anti-AKW-Bewegung wenden sich gegen diese Form einer „Renaissance der Atomkraft". Während in Frankreich neue Reaktorkonzepte für Begeisterung sorgen, bleiben in Deutschland auch ausgewiesene Fachleute skeptisch. Denn auch das unter Aufsicht des Bundesumweltministeriums stehende Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) opponiert gegen derlei atomare Visionen. Von der Bundesbehörde veröffentlichte Gutachten belegen, dass bis zu zehntausend SMR-Anlagen gebaut werden müssten, um die derzeit weltweit benötigte elektrische Leistung bereitzustellen. Völlig ungeklärt seien bislang die Fragen zur Sicherheit, zum Transport und Rückbau sowie zur Zwischen- und Endlagerung. Im Falle einer weltweiten Verbreitung der Technologie würde zudem die Gefahr einer Nutzung für militärische Zwecke steigen. [2]

Mediale PR-Kampagne der Atomlobby

Dennoch diskutieren deutsche Medien darüber, ob die Erreichung der Klimaziele durch den Ausbau der Atomkraft nicht doch sinnvoll sein könnte. „Rächt sich der Atomausstieg in der Klimakrise?" überschrieb zum Beispiel *Der Spiegel* einen Beitrag vom Juni 2021. Atomkraft, so heißt es dort, komme schließlich fast ohne CO^2-Emissionen aus und sei weniger Schwankungen unterworfen als die Stromquellen Wind und Sonne. Zudem seien die erneuerbaren Energien noch unzureichend ausgebaut und der wegfallende Atomstrom müsse durch die Nutzung fossiler Brennstoffe kompensieren werden. Der Artikel referiert auch die Position der medial auffallend präsenten Marburger Technikhistorikern Anna Veronika Wendland, die zum Führungsteam des Pro-Atomkraft-Vereins „Nuklearia" gehört. Der Verein hält die Atomenergie für einen Beitrag zum Klimaschutz

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht durch den Präzedenzfall Kosovo und die Osterweiterung der Nato. Zum Verständnis des Herrschaftssystems in Russland und seines Agierens hat der investigative Autor Jürgen Roth, lange Jahre Mitglied von Business Crime Control und Mitherausgeber unserer Zeitschrift, seinerzeit wesentliche Beiträge geleistet. In seinem letzten, 2017 posthum erschienenen Buch „Die neuen Paten. Trump, Putin, Erdogan, Orbán & Co. – Wie die autoritären Herrscher und ihre Clans uns bedrohen" stellte er an diesen Beispielen die enger werdenden Verbindungen zwischen krimineller Ökonomie und staatlichen Sphären dar.

Es handelt sich, gerade auch im Fall Russlands und anderer ehemals sowjetischer Staaten, um „eine immer weitergehende mafiose Verflechtung von Ober- und Unterwelt, eine Durchdringung der Staatsapparate mit (zum Teil ehemals) kriminellen Elementen zum Zweck der Bereicherung einer kleinen Minderheit, installiert und abgesichert durch charismatische 'Führer' und eine massenwirksame Propaganda mit falschen Feindbildern und sozialdemagogischen Versprechungen" *(aus der Rezension des Buches in BIG Business Crime Nr. 1/2018)*.

Zur Sicherung ihrer Herrschaft greifen die „neuen Paten" nicht nur auf nationalistische und kriegsverherrlichende Ideologien zurück – sie bedienen sich auch rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen.

Jürgen Roths Buch endete mit dem Aufruf: „Es ist nun an den Bürgerinnen und Bürgern aller europäischen Länder einschließlich Deutschlands, den Bann der herrschenden Ohnmacht gegen diese antidemokratischen Attacken zu brechen. Ein breiter zivilgesellschaftlicher Aufstand tut not."

Dies wäre nun aber das genaue Gegenteil des Hochrüstungsprogramms, wie es jetzt als Reaktion auf das militärische Vorgehen Russlands beschlossen wurde. Gefordert sind andere Vorstellungen von Sicherheit und Zusammenarbeit – angesichts immer mehr anwachsender Bedrohungen für das Überleben der Menschheit.

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

und die damit zusammenhängenden Risiken für vertretbar. Die in Fukushima offenbarten Sicherheitsmängel seien in deutschen Kraftwerken nicht zu erwarten; deshalb habe die Bundesregierung den Atomausstieg auf mangelnder Informationsgrundlage beschlossen. [3]

Auch die Berliner *taz* schenkte Wendland Anfang des Jahres im Rahmen „einer breiteren Diskussion zu Klimawandel und Atomkraft" Platz für einen Gastbeitrag. Darin plädiert sie dafür, sich „von unserer Anti-Atom-Identität" zu verabschieden, um das Klima zu retten. Die deutsche „Kerntechnik" sei nie gefährlich gewesen; es gäbe kaum eine deutsche Industrie mit einer ähnlich geringen Umweltschadens- und Opferbilanz. Wendland, die auch schon beim neurechten Portal *Achse des Guten* oder in der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* veröffentlichte, beendet ihren Artikel mit den Worten: „Wollte Luisa Neubauer wirklich einen spektakulären klimapolitischen Move, dann müsste sie sich mit Greta Thunberg vor dem AKW Isar 2 anketten und für seine Laufzeitverlängerung streiken." [4]

Der Verein Nuklearia startete nach Angaben des Antifaschistischen Infoblatts im Sommer 2020 eine medienwirksame Kampagne für ein Revival der Atomkraft in Deutschland. Dabei scheut er sich offensichtlich nicht, mit der politisch rechten Szene zusammenzuarbeiten: „So lud die ‚Alternative für Deutschland' (AfD) 2016 als eine von acht Organisationen zur Jahrestagung des Nuklearia e.V. ein. Petr Bystron, ehemaliger Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Bayern und aktuelles Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, mobilisierte auf Twitter zur Nuklearia-Kundgebung am AKW Isar im September 2020. Die Partei selbst ist aber auch im Verein vertreten. Christoph Barthe, wie Wendland Beisitzender im Vereinsvorstand, trat 2015 als Kandidat der AfD für den Hamburger Wahlkreis Lokstedt-Niendorf-Schnelsen an. Rainer Klute, Vorsitzender von Nuklearia e.V., saß als Sachverständiger am 8. Mai 2019 auf einem Podium zu dem die AfD-Bundestagsfraktion eingeladen hatte. Er äußerte sich im März 2020 als Sachverständiger zu einem Antrag der AfD im Nordrhein-Westfälischen Landtag zur Kernsicherheitsforschung." [5]

Nuklearia versteht sich als Teil der sogenannten Ökomodernisten, einer „pro-nuklearen" Strömung in der Umweltbewegung, die darauf setzt, Umweltprobleme mit mehr Wirtschaftswachstum und technologisch zu lösen, der Notwendigkeit einer Senkung des Energieverbrauchs dagegen ablehnend gegenübersteht. In einer Pro-und-Contra-Diskussion unter dem Titel „Kann Atomkraft das Klima retten" durfte das Vorstandsmitglied des 2018 gegründeten Vereins Ökomoderne e.V., Amardeo Sarma, die Sicht seiner Lobbyorganisation in der Wochenzeitung Der Freitag darstellen. Er schreibt: „Nach dem größten Reaktorunfall des Jahrhunderts – in Fukushima – haben Evakuierungen mehr Schaden angerichtet als verhindert. Der deutsche Atomausstieg hat durch den verlängerten Einsatz fossiler Energien bereits über 4.600 vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung verursacht." [6]

In einem *Handelsblatt*-Podcast bestreitet der Physiker und Wissenschaftsphilosoph Simon Friederich, ebenfalls im Vorstand des Vereins, dass es bei Fukushima überhaupt Opfer infolge Strahlung gegeben habe. Die Evakuierungen hätten geschätzt 1.000 bis 2.000 Todesopfer gekostet, einfach wegen des Evakuierungsstresses. Und wer zum Beispiel von dort nach Tokio gebracht worden sei, um der etwas erhöhten Strahlung zu entgehen, würde im Erwartungsfall allein wegen der Luftverschmutzung dort drei Monate seines Lebens verloren haben. Die Kernenergie sei eine extrem umweltfreundliche Form der Energiegewinnung. Ihre Emissionen lägen nahe Null und sie habe den wohl geringsten Material- und Flächenbedarf aller sauberen Energieformen. Historisch weise sie eine hervorragende

Foto: photoshopping

Gesundheitsbilanz auf. Die erneuerbare Energien, ergänzt Friederich süffisant, würden übrigens auch sehr gute Umweltbilanzen aufweisen. Auch bei der Endlagerung sieht er keine Schwierigkeit. Bisher sei schließlich niemand zu Schaden gekommen. [7]

AKW-Betreiber gegen Atomkraft

Die Pro-Atom-Stimmen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in Deutschland eine – wenn auch vernehmliche – Minderheit darstellen. Ein mögliches Revival der Atomkraft trifft dabei auf einen überraschenden Gegner: auf die Atomindustrie selbst. So lehnen die drei deutschen Energieerzeuger Eon, RWE und EnBW eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ab – auch dank einer Milliardenentschädigung. Der RWE-Konzern verwies beispielsweise auf eine frühere Aussage von Konzernchef Markus Krebber, für den das Thema Kernkraft in Deutschland „vom Tisch" sei. Kurzfristig, so Krebber, wäre es gar nicht möglich, die Kernkraftwerke wieder hochzufahren (*Handelsblatt* vom 26. Februar 2022). Schon in den vergangenen Jahren wurde aus Industriekreisen darauf hingewiesen, dass ein Neubau von AKWs in Deutschland ins Reich der Phantasie gehöre, weil sie sich schlicht nicht rechneten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte im letzten Jahr unmissverständlich fest, dass die Atomkraft niemals in den Bereich wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit vorgedrungen sei. Die Abschaltung der verbleibenden Atomkraftwerke in Deutschland sei energiewirtschaftlich unproblematisch; kurz- und mittelfristig seien ausreichend Kapazitäten vorhanden und die Versorgungssicherheit bliebe gewährleistet. Insgesamt stelle die Kernenergie keine Option im Kampf gegen die Klimakrise und für die Einhaltung der Klimaziele dar (vgl. DIW-Wochenbericht 47/2021).

Es lässt sich also eine tiefe Kluft zwischen öffentlichem Diskurs, der in Teilen ein Comeback der Atomkraft für notwendig hält, und der industriepolitischen Realität feststellen. Auch Oliver Wagner vom Wuppertal Institut, einem Thinktank für Nachhaltigkeitsforschung, wiegelt ab. Im *Handelsblatt*-Podcast erläutert er, dass der weltweite Anteil an Atomstrom bei nicht einmal zehn Prozent läge und momentan nur eine sehr geringe Rolle spiele – im Übrigen auch nur für ganz wenige Länder. Etwa zwei Drittel des Atomstroms würden in fünf Ländern produziert. [8]

Also alles nur eine politische und mediale Scheindebatte? Wohl nicht ganz, denn erst seit wenigen Jahren werden die Themen Atomkraft und Klimawandel aufeinander bezogen diskutiert. Das Argument, Atomkraft sei für den Klimaschutz unverzichtbar, eröffnet der Pro-Atom-Lobby eine neue Chance, aus ihrer jahrelangen Deckung zu kommen und die Forderung nach einer Laufzeitverlängerung oder einem Neubau von AKWs auch hierzulande wieder in die energiepolitische Debatte zu werfen. Und je stärker die Klimaziele verfehlt werden, umso lauter dürften ihre Stimmen zu hören sein – auch wenn die neu aufgeflammte Atom-Debatte tatsächlich nichts mit wirklichem Klimaschutz zu tun hat. *Der Spiegel*, *Die Zeit*, *taz* und auch *der Freitag* haben atomfreundliche Artikel veröffentlicht und aus Kreisen von CDU/CSU und FDP melden sich wieder diejenigen zu Wort, die den Ausstieg aus dem Ausstieg fordern. Zwar favorisieren auch einflussreiche Strippenzieher wie der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in Deutschland und der US-Milliardär und „Meinungsführer" Bill Gates auf globaler Ebene neue Reaktortypen im Namen des Klimaschutzes. Aber ein tatsächlicher politischer Erfolg der Atomlobby und damit ein nuklearer Rollback erscheinen zurzeit als eher unwahrscheinlich. Falsch ist aber zu glauben, dass mit der anstehenden Schließung der noch verbleibenden AKWs der „Atomausstieg" in Deutschland endgültig besiegelt wäre. [9]

Anmerkungen:

[1] In Frankreich sind 56 AKWs im Betrieb, davon 40 seit über 35 Jahren. Der Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung liegt bei 71 Prozent. Damit ist Frankreich nach den USA der zweitgrößte Atomstromproduzent der Welt. Nach Auffassung einer Sprecherin der französischen Antiatom-Bewegung lässt sich das Festhalten an der Nutzung der Atomkraft – als der unwirtschaftlichsten Art der Stromerzeugung – besonders aus militärischen Gründen erklären. Laut Umfragen unterstützt die Mehrheit der französischen Bevölkerung die Nutzung von Atomkraft. Auch die Kommunistische Partei (PCF) setzt weiter darauf. Im Vorfeld der für April dieses Jahres geplanten Präsidentschaftswahlen sprachen sich bisher lediglich zwei Kandidaten deutlich gegen die Atomkraft aus: Philippe Poutou von der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) und Jean-Luc Mélenchon von der linken La France insoumise (LFI) (Informationen aus Handelsblatt vom 10. Februar 2022 und junge Welt vom 15. Februar 2022).

[2] Vgl. „Neue Technologien lösen Endlagerproblematik nicht", Pressemitteilung vom BASE vom 10. März 2021 https://www.base.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BASE/DE/2021/0310_gutachten-pt.html

[3] Vgl. Marius Mestermann: „Rächt sich der Atomausstieg in der Klimakrise?", Der Spiegel vom 3.6.2021 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/raecht-sich-der-atomausstieg-beim-kampf-gegen-die-klimakrise-podcast-a-001a16d0-8633-425e-863f-3c085b2446dc

[4] Veronika Wendland: Mut zum Befreiungsschlag", taz vom 25. Januar 2022 https://taz.de/Debatte-ueber-die-Energiepolitik/!5827775/

[5] „Nuklearia e.V.: Rechtsoffene Atomlobby", Antifaschistisches Infoblatt, 3. April 2021 https://antifainfoblatt.de/artikel/nuklearia-ev-rechtsoffene-atomlobby

[6] Amardeo Sarma: „Kann Atomkraft das Klima retten?", der Freitag, 11. November 2021 (Online unter dem Titel: „Die Risiken sind minimal") https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-risiken-sind-minimal

[7] „Handelsblatt-Streitgespräch: Wie grün ist Atomkraft?" (Podcast vom 25. Januar 2022), mit Oliver Wagner (Wuppertal Institut) und Simon Friederich (Ökomoderne e.V.) https://www.handelsblatt.com/audio/green-podcast/handelsblatt-green-streitgespraech-wie-gruen-ist-atomkraft/28003736.html?ticket=ST-3954845-GWlpbNTkeLzpbpLsWbAK-ap5

[8] „Atomkraft ist aufgrund ihrer begrenzten Kapazitäten rein rechnerisch nicht in der Lage, den Klimawandel aufzuhalten. Für den Energiesektor ist sie nicht mehr als eine Nischentechnologie. Ein Blick auf den globalen Energiemix bestätigt das: Die derzeit in 30 Ländern betriebenen 415 Atomreaktoren decken lediglich etwa zwei Prozent des weltweiten Bruttoendenergieverbrauchs. Auch im Strommix spielt Atomkraft mit einem Anteil von zehn Prozent keine große Rolle." (Angela Wolff: „Atomkraft: Irrweg in der Klimapolitik", Lunapark 21, 25. August 2021; https://www.lunapark21.net/atomkraft-irrweg-in-der-klimakrise/)

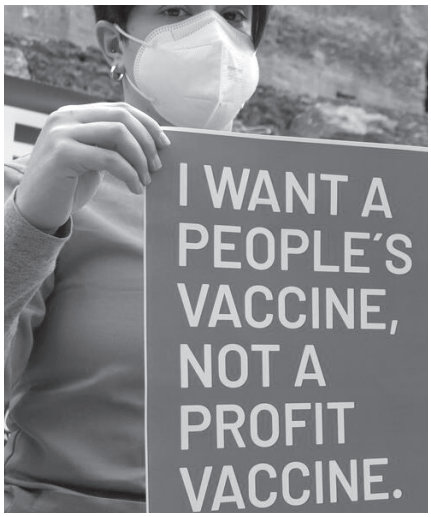
[9] Denn zum einen verfängt die PR-Arbeit der Atomlobby medial durchaus. Zum andern bleibt daran zu erinnern, dass der Betrieb von zwei Atomfabriken in Deutschland bislang vom gesetzlichen Atomausstieg nicht erfasst wird. Die zweitgrößte Urananreicherungsanlage der Welt in Gronau (Westfalen) sowie die Brennelementefabrik in Lingen (Niedersachsen) beliefern nach wie vor das Ausland mit nuklearem Brennstoff.

Wirtschaftskompetenz

von Reiner Diederich

Wenn, vor allem vor Wahlen, Meinungsumfragen dazu veröffentlicht werden, wie die Bürgerinnen und Bürger die Leistungen der Parteien einschätzen, geht es stets auch um deren sogenannte Wirtschaftskompetenz. Nie wird erklärt, was darunter eigentlich zu verstehen ist; es scheint so selbstverständlich zu sein, dass alle sofort wissen, was gemeint ist. Die entsprechenden Ergebnisse bei den Umfragen waren seit langem die gleichen: Die höchste Wirtschaftskompetenz wurde der CDU/CSU zugeschrieben, eine sehr geringe den Grünen. Von der Linkspartei brauchte man in diesem Zusammenhang erst gar nicht zu reden. Auch die SPD schnitt kaum je besonders gut ab, außer in der Regierungszeit Gerhard Schröders, des „Genossen der Bosse" mit seiner neoliberalen Agenda. Noch wenige Monate vor der Bundestagswahl 2021, die die SPD dann überraschend gewann, überschrieb die *FAZ* einen Artikel: „Der SPD fehlt es an Wirtschaftskompetenz".

Was hat es mit dieser ominösen Kompetenz auf sich? Es handelt sich offensichtlich nicht um die Fähigkeit, die Mechanismen der Kapitalverwertung zu durchschauen oder auch nur volkswirtschaftliche Kreisläufe zu verstehen oder Wirtschaftsdaten richtig einordnen zu können. *Der Spiegel* brachte es einmal auf den Punkt: „In Deutschland gilt als wirtschaftskompetent, wer der Wirtschaft möglichst viele Gefallen tut." (Kommentar von Thomas Fricke, 25. Januar 2019) Die höchste Wirtschaftskompetenz bestünde dann darin, als Politikerin oder Politiker alles zu tun, um den Interessen „der Wirtschaft" gerecht zu werden und dem Fetisch des immerwährenden Wachstums zu dienen.



Selbstverständlich ist eine solche Kompetenz am meisten gefragt, wenn man in die Regierungsverantwortung drängt oder in sie berufen wird. Wenn es dann an ihr mangelt oder sie als nicht ausreichend beurteilt wird, muss selbstverständlich nachgebessert werden. Das erklärt den manchmal überraschenden Sinneswandel bei Politikerinnen und Politikern, die, als sie noch in der Opposition waren, das eine oder andere forderten, was von ihren Wählerinnen und Wählern durchaus goutiert wurde und Stimmen brachte. Nun aber erscheint es als nicht mehr durchsetzbar, weil sich die Koalitionspartner dagegen stellen, oder als nicht mehr sinnvoll, weil man sich im Amt eines Besseren belehren oder vom Gegenteil überzeugen lassen musste.

So hatte Robert Habeck als Vorsitzender der Grünen sich der Forderung angeschlossen, die Patente für Heilmittel gegen Corona freizugeben. Er befand sich dabei in guter Gesellschaft. Bereits seit Oktober 2020 liegt der Welthandelsorganisation (WTO) ein Antrag von Südafrika und Indien vor, zeitweilig für alle Produkte, die zur Vorbeugung, Eindämmung und Behandlung von Covid-19 notwendig sind, den Patentschutz auszusetzen. Mehr als 100 Staaten unterstützen das Vorhaben. Selbst die USA stimmten zu. „Es ist Zeit umzusteuern", sagte Habeck im Mai 2021 dem *Spiegel*. Deutschland und die EU sollten „sich bei der Welthandelsorganisation für eine Ausnahmeregelung einsetzen".

Habecks Aufforderung an die Große Koalition blieb vergeblich. Aber auch die neue Ampelkoalition macht keine Anstalten, sich in diese Richtung zu bewegen. Das kann keinesfalls nur der Blockade der FDP zugeschrieben werden, die mit Argusaugen darüber wacht, dass Kapitalinteressen nicht tangiert werden. Habeck selbst hat in seiner neuen Rolle als Wirtschaftsminister nach Gesprächen mit der Pharmaindustrie deren Argumente gegen die Patentfreigabe mittlerweile übernommen. Sie waren ihm auch vorher schon bekannt, ebenso wie ihre Widerlegung.

Anne Jung, Referentin für globale Gesundheit bei der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International begründet den Sinn einer Freigabe von Patenten auch mit historischen Beispielen: „Schon in der Aids-Krise sind auf dem afrikanischen Kontinent Hunderttausende gestorben, weil die Menschen die völlig überteuerten Preise nicht zahlen konnten. Dies dem Markt zu überlassen, ist einfach lebensgefährlich, damals wie heute." (Interview in der *Frankfurter Rundschau*, 23. Februar 2022)

Bei uns feiert man nun, dass die Firma Biontech in erheblichem Maß zum Wachstum des deutschen Bruttosozialprodukts im Jahr 2021 beigetragen hat. Robert Habeck aber hat durch die Wende um 180 Grad bei der Patentfreigabe seine Wirtschaftskompetenz und damit auch die der Grünen bewiesen.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass er in dieser Frage ebenfalls wirtschaftskompetent ist, so lieferte ihn Bundeskanzler Scholz mit seiner offenherzigen Begründung für die Haltung Deutschlands: „'Es geht ja darum, dass wir den großen Fortschritt, der zum Beispiel mit der Entwicklung der mRNA-Technologie verbunden ist, jetzt nicht verspielen'… Dieser Fortschritt habe auch etwas damit zu tun, dass Eigentumsrechte gewahrt blieben." (Zitat nach *Frankfurter Rundschau* vom 19./20. Februar 2022)

Inzwischen entwickelt Südafrika mit Unterstützung der WHO einen eigenen patentfreien mRNA-Impfstoff, der auch in anderen afrikanischen Ländern produziert werden soll. Bisher haben mehr als 80 Prozent der Bewohner Afrikas nicht einmal eine erste Impfung gegen Corona erhalten, weil sich die reichen Länder einen Großteil der Impfstoffproduktion mit Vorverträgen sicherten und viele Länder monatelang praktisch leer ausgingen. Dadurch wächst – ganz nebenbei – auch das Risiko neuer Mutationen des Virus, die dann im Herbst eine weitere Welle der Ansteckungen auslösen könnten.

Das Leugnen von Umweltschäden ist kein Beitrag für eine "sozial-ökologische Transformation"

von Herbert Storn

Der Dezember 2021 war ein wichtiger Monat für den Umgang einer grünen Umweltministerin mit den Umweltschäden durch die K+S AG (ehemals Kali und Salz AG), einem multinationalen Weltmarktführer auf dem Salzmarkt. Für die „sozial-ökologische Transformation" – so das derzeit kursierende Zauberwort – verheißt das nichts Gutes.

Das Ende der Versenkerlaubnis – 45 Jahre zu spät

Am 9. Dezember 2021 feierte man im hessischen Landtag das Ende der „Versenkerlaubnis" für K+S als „zentraler Erfolg für den Schutz des Grundwassers an der Werra", als „ein gutes Signal für den Umweltschutz", als „weiterer Baustein, um Ökologie und Ökonomie bestmöglich zu verknüpfen", als „wichtiger weiterer Schritt zur Erreichung des Ziels, die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in der Region bei gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Umweltstandards bis zum Ende der Abbauphase zu sichern". So die Zitate aus einer Entschließung von Schwarz-Grün vom 9. Dezember 2021, der sich auch die Oppositionsparteien SPD und FDP nicht versagten. Gefeiert wurde das Ende der Verpressung von salzhaltigen Abfällen in einen Untergrund, der diesen Abfall nicht halten konnte und ihn wieder nach oben beförderte. Und der sich auch nicht an Gutachten hielt, die das Gegenteil behauptet hatten.

Gefeiert wurde also das Ende einer 45 Jahre währenden Politik selbst erteilter widerrechtlicher Versenkgenehmigungen für Salzabfälle. Deren Zustandekommen (während der letzten Etappen) wurde von der Staatsanwaltschaft Meiningen/Thüringen aufgrund einer Anzeige über 10 Jahre lang gründlich untersucht und dargestellt.

Weil das bekanntermaßen mangelhafte deutsche Umweltstrafrecht eine Anklage nicht zulässt – weil es dazu Vorsatz und Einzeltäter braucht – wurde die 27 Seiten starke Recherche der Staatsanwaltschaft von den Regierungsparteien CDU und Grünen, aber auch von SPD und FDP als irrelevant und als „alter Hut" abgetan. Richtig wäre gewesen, sie als das anzusehen, was es war: einer der raren Versuche, einer unternehmensgesteuerten Politik den Spiegel vorzuhalten zu dem, was sie an sich tun müsste, aber nicht kann.

Worum geht es?

Offiziell stehen sich ein multinationaler Weltmarktführer auf dem Salzmarkt und ein lange Zeit und aktuell von Grünen geführtes Landesumweltministerium gegenüber: Der eine ist auf seine Rendite bedacht, sich seiner Machtposition, Systemrelevanz und der zur Verfügung stehenden Juristen und Gutachter mehr als bewusst – das andere ist von Amts wegen dem Schutz der Umwelt verpflichtet, aber von der Fülle der Aufgaben überfordert. Tatsächlich aber stehen sich in Hessen (wie übrigens auch in Brandenburg) Umweltministerium und Konzern nicht als Kontrahenten gegenüber, denn beide eint augenscheinlich der Vorsatz, an den gewohnten Verhältnissen möglichst wenig zu ändern.

Der Kaliproduzent betreibt dieses Geschäft bereits seit 130 Jahren und ist es gewohnt, weil früher üblich, seine Abfälle in Gewässer zu entsorgen oder in den Untergrund zu versenken. Das Umweltministerium – für die Genehmigung und Überprüfung zuständig – hat diese Praktiken jahrzehntelang geduldet, auch dann noch, als die Rechtswidrigkeit dieser Entsorgung bereits bekannt war. Im Jahr 1960 ist das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Kraft getreten. Dadurch hätte die Versenkung von Salzabfällen über das Jahr 1976 nicht mehr erlaubt werden dürfen. Wenn die Gutachten nicht von falschen Voraussetzungen ausgegangen wären. Und wenn die juristisch relevante Besorgnis nach § 48 WHG über die Wassergefährdung – von der eigenen Landesbehörde, dem Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) geäußert – nicht aus einer entsprechenden Stellungnahme gestrichen worden wäre. Das Resultat waren 45 verlorene Jahre für Trinkwasser, Flüsse und Böden.

Wie die Staatsanwaltschaft Meiningen/Thüringen zusammenfasste, war das Verhalten der Firma K+S in der Zeit von 1993 bis 2006 durch Einschüchterung gegenüber Behördenvertreter:innen, unabhängigen Wissenschaftler:innen und Journalist:innen geprägt. Entgegen den vorliegenden Gutachten stiegen die versenkten Salzabwässer nach und nach über Grundwasserleiter an die Oberfläche. Dadurch hatte die zuletzt 2015 von der hessischen grünen Umweltministerin Priska Hinz erteilte weitere Versenkerlaubnis eine zusätzliche Versalzung von Grundwasser über 85 Millionen Kubikmeter für die nächsten 60 Jahre – also bis 2075 – zur Folge. So viel zum Thema „Generationengerechtigkeit".

All dies geschah, obwohl den hessischen Fachbehörden spätestens seit dem Jahr 1970 die schädlichen Auswirkungen der Versenkung von Salzlaugen auf die Trinkwassergewinnung bekannt waren. Zahlreiche Trinkwasserbrunnen in Hessen und in Thüringen mussten aufgrund der Versalzung durch die Versenktätigkeit aus der Nutzung genommen oder aber ihre Nutzung stark eingeschränkt werden.

Versenkung beendet – Einleitung geht weiter

Mit der Beendigung der Versenkung von Abfällen sind aber die Abfallprobleme nicht gelöst. Denn die Zweckentfremdung von Werra und Weser als Abwasserkanal und die von umliegendem Grund und Boden aus riesenhaft angewachsenen Abfallhalden sind ebenfalls

im Dezember 2021 – und zwar bis mindestens 2027 – verlängert worden.

Der diesbezügliche Genehmigungsbescheid „zur Einleitung salzhaltiger Abwässer aus den Werken Neuhof-Ellers und Werra in die Werra“ vom 23. Dezember 2021 ist ein Weihnachtsgeschenk für die Rendite von K+S und ein trauriger Tag für Umwelt und Trinkwasser. Die vom europäischen Umweltrecht geforderten Verschlechterungsverbote und Verbesserungsgebote werden durch juristische Interpretationen umgangen.

Unsanierbar – oder doch nicht?

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurde 2010 in deutsches Recht überführt. Sie beinhaltet ein Verschlechterungsverbot und die Verpflichtung, das Qualitätsziel der Richtlinie („guter ökologischer Zustand“) anzustreben.

Aber die Umweltministerin leugnet, dass die Wasserrahmenrichtlinie in diesem Fall überhaupt gilt.

Um die Richtlinie nicht anwenden zu müssen, haben K+S und das hessische Umweltministerium nämlich verabredet, die Werra in einem „Vierphasenplan“ zu einem unsanierbaren Gewässer herabzustufen.

Was zunächst absurd klingt, hat einen juristischen und ökonomischen Nutzen: Der Fluss würde den Gewässerschutz verlieren, den die europäische Wasserrahmenrichtlinie ansonsten garantiert. Das Qualitätsziel der Richtlinie („guter ökologischer Zustand“) müsste nicht angestrebt, die Umsetzungsfristen nicht eingehalten werden. Das würde dann auch die Weser zu einem „Opfergebiet außerhalb des Schutzregimes der Wasserrahmenrichtlinie“ machen. Der Bewirtschaftungsplan 2022-2027 für die Flussgebietseinheit Weser tut genau dies.

Mit dieser Herabstufung der Werra wird der „gute (ökologische und chemische) Zustand“ als Qualitätsziel der Richtlinie ersetzt durch den Begriff des „guten ökologischen Potentials“. Dieser beschreibt einen neuen „Normalzustand“ des Flusses, der lediglich nicht mehr wesentlich verschlechtert werden darf. Im Falle der Werra ist dies der jetzige Zustand nach jahrzehntelanger Benutzung des Flusses als Abwasserkanal der Kali-Industrie.

Mit der genannten Herabstufung der Werra würde der Fluss aber als natürliches Gewässer aufgegeben und auf seine Eigenschaft als Abwasserkanal eingeschränkt und festgelegt.

Das ist aber juristisch nur möglich bei künstlichen Gewässern oder wenn eine erhebliche Vorschädigung natürlicher Art eine Sanierung technisch unmöglich macht.

Diese notwendigen Voraussetzungen für eine Herabstufung der Werra liegen aber nicht vor.

Eine solche Interpretation der WRRL durch die hessische Umweltministerin ist auch mit dem höchstrichterlichen Urteil zur Elbvertiefung nicht vereinbar. Auch wenn bereits eine Schädigung vorliegt (Elbvertiefung), darf das Gewässer nicht weiter geschädigt werden. Genau eine solche Schädigung lässt die Umweltministerin aber mit dem neuen Genehmigungsbescheid weiterlaufen.

Fake News

Um die WRRL nicht anwenden zu müssen, wird auch gern erzählt, dass die Werra „immer schon ein Salzfluss“ gewesen sei. So hat 2014 ein Firmenvertreter von K+S öffentlich den römischen Schriftsteller Tacitus als Kronzeugen für die Werra als Salzfluss aufgerufen.

Tatsächlich gibt es natürliche Salzwassereinträge in die Werra, durch Aufstiege salzhaltiger Formationswässer aus dem Untergrund oder durch Vorfluter. Der natürliche Salzeintrag war aber so gering, dass im Fluss ein Chloridgehalt von 25 mg/L gemessen wurde. Mit dieser Vorbelastung hätte die Werra in den „sehr guten ökologischen Zustand“ der WRRL eingestuft werden können. Der jetzige Zustand des Flusses hat eben keine natürliche Ursache, auch wenn Fake News dies behaupten.

Im Übrigen ist der für 2027 „angenommene Zielwert“ für Chlorid mit 1.580 mg/L doppelt so hoch, wie der Wert, den die Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser LAWA für den schlechtesten Qualitätszustand („sehr hohe Belastung“, > 800 mg/L) definiert hat. Und er ist höher als der Zielwert des vorangegangenen Bewirtschaftungsplans, wobei die geplante Verdopplung der Salzhalden mit der Folge von Haldenlaugen außen vor bleibt. Und der Vollständigkeit halber muss noch angefügt werden, dass mit der Umgehung der Richtlinie auch deren in Qualitätsstufen ausgedrückte Ziele nicht mehr übernommen, sondern durch selbst erfundene „Zielwerte“ ersetzt werden, die sowohl in ihrer Höhe als auch hinsichtlich ihrer Umsetzungsfrist juristisch unverbindlich sind.

Ministerin wird zur Schadensleugnerin

Gleichzeitig leugnet die Umweltministerin, dass das Unternehmen überhaupt Schäden verursacht habe. Zuletzt geschah dies, als die Ministerin im Umweltausschuss am 9. Februar 2022 mit einer Großen Anfrage der Linken konfrontiert wurde. Es ist kaum zu glauben und erscheint wie eine Äußerung aus einem Paralleluniversum, dass offensichtliche Schäden so penetrant geleugnet werden. Deshalb hat der Sprecher des Netzwerks Business Crime Control (BCC) die Umweltministerin auch eine „Schadensleugnerin“ genannt (*Frankfurter Rundschau* vom 2. Dezember 2021).

Aber die Ministerin hat natürlich Gründe, dies zu tun. Denn sie steht unter erheblichem Druck.

Vieles steht auf dem Spiel. Das aus dem Boden oder den Flüssen entnommene und immer knapper werdende Trinkwasser (die Großstädte können ein Lied davon singen), die ökologischen Kreisläufe der Flüsse und des geologischen Untergrunds, nutzbare Böden für die Landwirtschaft – aber eben auch der Druck, die Rendite eines Weltmarktführers nicht maßgeblich zu schmälern.

Und schließlich ist die Ministerin nach der EU-Umwelthaftungsrichtlinie verpflichtet, Umweltschäden zu melden. Die Bundesländer müssen der EU-Kommission die bis zum April 2022 nachgewiesenen Umweltschäden aus betrieblichen Tätigkeiten berichten. Das gilt für Schäden, die ab 2007 bekannt geworden sind. Weil das Verursacherprinzip gilt, müssten die gemeldeten Umweltschäden aus Versenkung, Flusseinleitung und Salzaufhaldung dann auf Kosten von K+S beseitigt werden. Weil das Regierungspräsidium Kassel dies ablehnt, hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hessen inzwischen Klage eingereicht.

Abweichungen vom Plan werden akzeptiert

Wie ernst die Umweltministerin ihre Vorgaben nimmt, hat sich bei der Haldenabdeckung gezeigt. Diese war zwar schon im Plan 2015-2021 vorgesehen, wurde aber nicht entsprechend umgesetzt. Mit dem neuen Plan 2022-2027 wird da-

Foto: commons.org

von ausgegangen, „dass eine Wirkung der Haldenabdeckung abweichend vom MNP Salz 2015 voraussichtlich erst nach 2027 und in einem geänderten Umfang in den Folgejahren eintreten wird.“ (Plan, S.166)

All dies zeigt, dass die Leitmaxime der Umweltministerin eben nicht der Umweltschutz ist – in diesem Fall der Schutz des Wassers – sondern die Schonung eines großen Konzerns, dessen Wettbewerbsfähigkeit und der Bankkonten von dessen Eigentümern.

Was man bei der Ampel-Koalition in Berlin gern der unternehmensfreundlichen FDP zuschiebt, trifft für die grüne Umweltministerin und die sich dahinter versammelnden Ministerinnen und Minister genauso zu: Unternehmensinteressen, Renditen und Wettbewerbsfähigkeit stehen an erster Stelle. Weil dies aber in den Ohren einer kritischen Öffentlichkeit nicht so gut klingt, werden die rund 4.000 Arbeitsplätze in Deutschland nach vorne geschoben, die man angeblich nicht gefährden will. Gleichzeitig wird aber auf machbare umweltschonende Begleitmaßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze weitestgehend verzichtet.

Auf längere Sicht wird es unumgänglich sein, diesen Widerspruch zu thematisieren, um ihn zu überwinden. Insbesondere die jungen Umweltschützer:innen holen sich ansonsten eine Enttäuschung nach der anderen. Denn vor dem gleichen Problem stehen ja alle ökologisch problematischen Produktionen, zuletzt die Braunkohle, aber auch beispielsweise ganz aktuell die Automobilproduktion von Tesla in Brandenburg mit ihrer Gefährdung des Trinkwassers für Millionen.

Umweltverschmutzung als Gewohnheitsrecht?

Wenn die Arroganz der Macht aber zu groß wird, schlägt sie oft in Zynismus um, wie die folgende Passage aus dem neuen Bewirtschaftungsbescheid zeigt. Unter dem Titel „Kosten und Ewigkeitslasten“ wird dort ausgeführt: „Die Unternehmerin leitet seit mehreren Jahrzehnten salzhaltige Abwässer in die Werra ein. Vor diesem Hintergrund waren die Anrainergemeinden von Werra und Weser gehalten, bei ihren Planungsabsichten die bisherige Salzbelastung beider Flüsse entsprechend zu berücksichtigen.“

Die dunkle Seite des „Monte Kali“

„Weltgrößte Untertage-Giftmüll-Deponie. Die dunkle Seite des ‚Monte Kali‘“ – so titelte der Deutschlandfunk im Jahr 2019. Und er beschreibt damit das nächste Problem von K+S. Denn die Firma sieht die Zukunft ihrer Abfälle unter der Erde, in der Einstapelung in die Giftmülldeponie Springen bei Herfa-Neurode, zusammen mit Abfällen aus ganz Europa und sogar aus den USA. Diese Entsorgungsmöglichkeit ist aber noch völlig ungeklärt, obwohl sie als Hauptentsorgungsweg für die Abfälle von K+S dienen soll.

Die entsprechenden Zitate aus dem Bewirtschaftungsbescheid vom Dezember 2021 sind alarmierend: „Die Antragsunterlagen konnten von der Unternehmerin indes noch nicht so ertüchtigt werden, dass eine vollständige fachliche Prüfung durch die Zulassungsbehörden möglich ist.“ (…) „Die erste Prüfung der Vollständigkeit und Plausibilität ergab erhebliche Lücken und Unstimmigkeiten.“ (…) „Die erneute Vollständigkeitsprüfung ergab, dass einzelne Punkte nicht abgearbeitet wurden und eine fachliche Prüfung daher immer noch nicht vollständig möglich ist.“

Die Entsorgungsfrage bleibt also noch ein wahrhaft sprengendes Problem für die nächsten Generationen.

Nachbemerkung

Immer wieder werden von Seiten des grünen Umweltministeriums die „Expertisen“ der Unternehmensseite, also deren Rechts- oder Sachverständigengutachten übernommen, kritische dagegen nicht. Weil aber selbst das Recht instrumentalisiert werden kann und – wie so oft – Ökonomie/Arbeitsplätze/Unternehmensschutz vor der Ökologie rangieren, führte das in der Debatte zum Thema im hessischen Landtag im Dezember 2021 dazu, dass nur die Linke die Kritik an der K+S-Politik vorgetragen hat und dafür angefeindet wurde. Und weil die Sachverhalte sehr komplex sind, stehen die Verlautbarung der Ministerin und die Recherchen der Kritiker einander bestenfalls gleichwertig gegenüber.

Dieses Muster begegnet uns aber fast immer, wenn eine ökologische Politik das bisherige Geschäftsmodell tonangebender Konzerne infrage stellt. Die Ressourcen dieser Global Player in Bezug auf Berater-, Juristen- und Gutachterdienste sind enorm. Und leider ist der politische Gestaltungswille auf Seiten der Politik diesen Ressourcen oft nicht gewachsen. Insofern ist der „Fall K+S“ sowohl prototypisch wie lehrreich.

Vom Autor erschien 2021 zu diesem Thema und anderen Beispielen krimineller Ökonomie: „Business Crime – Skandale mit System“ im Büchner-Verlag, Marburg.

Gefährlicher Wirtschaftsgigant

von Gerd Bedszent

Die international agierende Investmentgesellschaft BlackRock Inc. gilt als weltweit größter Investor und Vermögensverwalter. Das Unternehmen steht seit Jahren im Feuer der Kritik. Von Seiten der Linken wird dem Finanzriesen vorgeworfen, durch seine Investitionspolitik unter anderem massive Umweltzerstörung und schwere Menschenrechtsverletzungen zu befördern. Gleichzeitig steht das Unternehmen aber auch im Fokus wirrer Verschwörungstheorien, wie sie hauptsächlich im Lager der äußersten Rechten kursieren.

Der Publizist Werner Rügemer, bekannt durch Offenlegung krimineller und menschenrechtsverletzender Unternehmensstrategien, hat für seine neue Buchveröffentlichung gewiss nicht umsonst den provozierenden Titel „BlackRock & Co. enteignen!" gewählt. Gleich am Anfang des Buches findet man eine Auflistung von Gründen, die aus Sicht des Autors für diese Forderung sprechen. Die Aufzählung krimineller oder zumindest grenzwertiger Machenschaften des Unternehmens reicht von Beihilfe zur Steuerflucht, Beteiligung an Umweltzerstörung, Teilhabe an der beschleunigten Verarmung der Mehrheit der abhängig Beschäftigten, Beförderung von Privatisierung und der daraus resultierenden Verteuerung der öffentlichen Daseinsversorgung der Bevölkerungsmehrheit.

Wie Rügemer schreibt, sei BlackRock Miteigentümer von nicht wenigen Rüstungskonzernen, die von staatsfinanzierter Hochrüstung sowie von weltweit tobenden Kriegen, Bürgerkriegen und kriminellen Verteilungskämpfen profitieren. Auch sei er Aktionär bei den wichtigsten Kohle-, Öl-, Agrobusiness-, Automobil- und Versicherungskonzernen, somit für die von diesen verursachten Umweltzerstörungen und sozialen Verwerfungen mitverantwortlich. All dies sind Fakten, die unbestreitbar zutreffen und die an sich jeden vernünftigen Menschen veranlassen müssten, um das Unternehmen einen ganz großen Bogen zu schlagen.

Wie es im Buch weiter heißt, steuere BlackRock derzeit ein Kapitalvermögen von 9,5 Billionen US-Dollar, sei Miteigentümer von etwa 18.000 Banken, Unternehmen und Finanzdienstleitern. Zu den Kunden von BlackRock zählten Zehntausende von Multimillionären und Milliardären aus allen Ländern der Welt. Seinen Hauptsitz hat der Finanzriese bezeichnenderweise in dem vergleichsweise winzigen US-Bundesstaat Delaware – einer berüchtigten Steueroase, die mit niedrigen Steuersätzen, geringer Publizitätspflicht und einem extrem liberalen Unternehmensstrafrecht Großunternehmen anlockt.

BlackRock wurde dort allerdings schon in den 1980er Jahren gegründet, zunächst mit dem eher bescheidenen Geschäftsmodell, Hypotheken und Immobilienkredite in handelbare Wertpapiere umzuwandeln. Der Aufstieg des Unternehmens zum Finanzriesen begann dann in den 1990er Jahren, als der Finanzmarkt der USA weitgehend dereguliert und von lästigen staatlichen Restriktionen befreit wurde. BlackRock gilt bis heute als „Schattenbank", steht also weitgehend unreguliert lediglich „unter Beobachtung" der Zentralbanken. Dank dessen sowie dank einer ungewöhnlich guten Vernetzung mit Staatsapparaten, internationalen Institutionen und mit anderen Finanzriesen erzielt BlackRock derzeit eine auch innerhalb des Finanzsektors außerordentlich hohe Gewinnspanne.

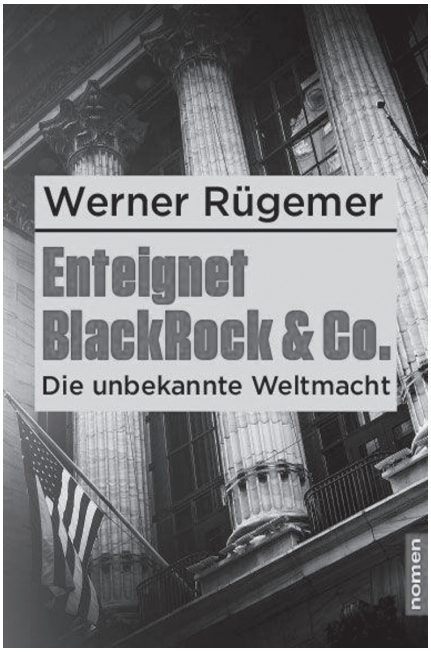
BlackRock war einer der bedeutendsten Aktionäre des unlängst zusammengebrochenen und nachweislich betrügerischen Finanzdienstleisters Wirecard. Auch ist er Hauptaktionär des heftig kritisierten Wohnungskonzerns „Deutsches Wohnen". Wie Rügemer schreibt, verschafft BlackRock seinen leitenden Angestellten geradezu unverschämt hohe Einkünfte, ist andererseits aber verantwortlich für asoziale Niedriglöhnerei in zahlreichen nationalen und globalen Lieferketten.

Ein Großteil des Buches umfasst die Schilderung des Netzwerkes von „Einflussagenten" von BlackRock innerhalb des Politikbetriebes und öffentlicher Institutionen. Allein 35 Seiten des Buches widmet Rügemer dabei einem gewissen Friedrich Merz: Multi-Millionär, Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Europaabgeordneter, zwischenzeitlich bezahlter BlackRock-Lobbyist, im dritten Anlauf CDU-Vorsitzender, mit Ambitionen für noch höhere Ämter. Allein dieses eine schön böse geschriebene Kapitel lohnt den Erwerb des Buches.

Die nachgewiesen kriminellen oder nicht ganz kriminellen Aktivitäten von BlackRock heben sich allerdings nicht wesentlich von dem üblichen Geschäftsgebaren kapitalistischer Großunternehmen ab. „Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. (…) 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens." Schon im 19. Jahrhundert hat Karl Marx im Band 1 des „Kapital" gewiss nicht grundlos diesen Beitrag eines britischen Gewerkschafters zitiert. Neu und ungewöhnlich an BlackRock ist allerdings die Menge an Geld und damit an Macht, über die eine einzelne Unternehmensführung verfügt.

Beunruhigend ist außerdem, dass die im Buch geschilderte Investitionstätigkeit einen derartigen Umfang angenommen hat, dass kaum ein Mensch mehr im Detail überblicken kann, in welchen Unternehmen und Unternehmensgruppen, in welchen Tochter- und Tochtertochterfirmen überall Kapital des Finanzriesen steckt. Und BlackRock ist keineswegs ein Einzelfall – Rügemer zählt weitere international agierende Kapitalgesellschaften mit ähnlichem Geschäftsprofil auf, die sich derzeit mehr oder weniger erfolgreich bemühen, zu BlackRock aufzuschließen.

Erleben wir nun den Beginn eines Zeitalters, in dem Verwaltungsapparate von Finanzriesen sich anschicken, an die Stelle der neoliberal gebeutelten und im Verschwinden begriffenen öffentlichen Institutionen zu treten? Der Autor stellt diese an sich naheliegende Frage leider nicht, auch nicht, was nach der von ihm geforderten Enteignung nun mit dem Apparat des Finanzriesen passieren soll. Sein Anliegen ist lediglich der Nachweis, dass es sich bei BlackRock um eine kriminelle Fima handelt. Dieser Nachweis ist ihm gelungen.



Werner Rügemer

Enteignet BlackRock & Co.
Die unbekannte Weltmacht

Nomen Verlag, 175 Seiten, 12,00 Euro
Frankfurt am Main 2021
ISBN 978-3-939816-82-9

Impressum:

Herausgeber: Vorstand von Business Crime Control e.V.

Redaktion:
Gerd Bedszent, Reiner Diederich, Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:
big-redaktion@businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio